

PROTOKOLL

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement
-Videokonferenz- am Donnerstag, den 27.05.2021,
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: AG/019/2021
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 20:42 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Christina Tiemann

Mitglied CDU-Fraktion

Bernd Gieshoidt
Thomas Schulke
Christian Terbeck

Mitglied SPD-Fraktion

Gerhard Boßmann
Annegret Mielke
Axel Uffmann

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer
Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Spiekermann

Mitglied FDP-Fraktion

Johannes Marahrens

von der Verwaltung

Stadtbaurat Frithjof Look
Guido Kunze
Udo Jakobs-Lüken
Michael Schönwald

ProtokollführerIn

Maren Hohmann

Zuhörer

Presse

Frau Ropers

Abwesend:

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Photovoltaikanlagen auf Gebäuden der Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0143
- TOP 7 Nahwärmenetz Buer
Vorlage: 01/2021/0139
- TOP 8 Aktueller Stand der Prioritätenliste
Vorlage: 01/2021/0138
- TOP 9 Wünsche und Anregungen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird von Frau Ausschussvorsitzenden Tiemann um 19:00 Uhr eröffnet. Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Fr. Tiemann begrüßt die anwesenden Ausschuss- und Verwaltungsmitglieder sowie die Presse.

Alle anwesenden Personen stimmen der Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen der Videokonferenz via „Zoom“ und einer Aufzeichnung der Videokonferenz zu.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der Sitzung vom 18.02.2021 wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Es erfolgt kein Bericht der Verwaltung.

Hr. Wüsthube teilt mit, dass zum Protokoll angeregt wurde, das Gutachten zum Holzschutzmittel im Dachstuhl einzureichen. Er habe sich gewundert, dass das Gutachten bereits aus 2020 sei, die Ausschussmitglieder aber erst fast ein Jahr später erreiche. Er habe sich gewünscht, dass das Gutachten mit zum Ausschuss, der das Gebäude Schürenkamp 14 behandelt habe, vorgelegen hätte.

TOP 6 Photovoltaikanlagen auf Gebäuden der Stadt Melle Vorlage: 01/2021/0143

Hr. Kunze teilt mit, dass eine umfangreiche Informationsvorlage erstellt wurde, die den Sachverhalt wiedergebe und die Komplexität darlege. Über den Punkt „Photovoltaikanlagen“ werde in der nächsten Ausschusssitzung berichtet.

Fr. Tiemann teilt mit, dass sich aus den Unterlagen ergebe, dass sich die Bedingungen für Photovoltaikanlagen nach dem neuen EEG Gesetz geändert haben, sodass sich eine Photovoltaikanlage unabhängig davon lohnen würde, ob der Strom selbst verbraucht oder eingespeist werde. Fr. Tiemann bittet darum, diese beiden Punkte zu erläutern.

Hr. Jakobs-Lüken teilt mit, dass vor 20 Jahren, als die Photovoltaikanlagen errichtet wurden, der gesamte Strom in das öffentliche Netz eingespeist und dann pro kw/h ein bestimmter Vergütungssatz gezahlt worden sei. Diese Situation habe sich mittlerweile geändert. Heute

müsse man die Anlagen so auslegen, dass möglichst viel Strom selbst in den Objekten verbraucht werde.

Fr. Tiemann teilt mit, dass das Gebäude der KiTa Bruchmühlen im städtischen Eigentum stehe, die Stadt aber nicht Trägerin der Einrichtung sei. Fr. Tiemann fragt nach, wie damit umzugehen sei.

Hr. Jakobs-Lüken teilt mit, dass es hierzu unterschiedliche Modelle gebe. Das Problem sei, dass bei so einer Konstellation eine entsprechende EEG-Umlage auf den Strom gezahlt werden müsse. Man könnte sowas mit einem Pachtmodell realisieren, bei dem möglicherweise die Stadt Melle als Eigentümer der Photovoltaikanlage auftrete, aber der Träger des Kindergartens der Betreiber der Anlage werde. Wichtig sei, dass der Betreiber der Photovoltaikanlage auch der Nutzer des Stroms sei.

Hr. Kunze ergänzt, dass die Trägerverträge mit den Kindergärten derzeit durch das Amt für Familie, Bildung und Sport neu organisiert werden und man dann erst sehen könne, ob das Modell, was Hr. Jakobs-Lüken vorgestellt habe, eins sei, mit welchem man zum Ziel komme.

Fr. Mielke teilt zur KiTa Bruchmühlen mit, dass dies das erste Projekt sei, was der Ausschuss umgesetzt und konkretisiert haben wolle. Daher sei es schade, dass keine konkreten Aussagen dahingehend gegeben werden könnten, ob eine Pachtkonstellation möglich sei. Aus dem privaten Gebrauch könne sie berichten, dass es ohne Probleme möglich sei, Strom auf dem Dach zu produzieren, eine Cloud für sich einzurichten und jederzeit diesen selbst produzierten Strom wieder abzurufen. Solche Modelle müsste es für Kommunen auch geben.

Hr. Look teilt mit, dass man noch bei der Betrachtung der Betriebskostenzuschüsse für die Kindergärten und die Betreiber der Kindergärten sei. Als wichtigen Hinweis stellt Hr. Look heraus, dass bei der KiTa Bruchmühlen die statische Ertüchtigung so gewählt worden sei, dass eine Photovoltaikanlage auch im Nachgang errichtet werden könne.

Hr. Gieshoidt fragt nach, ob die Verträge mit den kirchlichen Trägern, die die KiTas in den stadteigenen Gebäuden betreiben, wie beispielsweise in Bruchmühlen oder der KiTa Sonnenblume in Wellingholzhausen, völlig unterschiedlich oder vergleichbar mit den Verträgen der Schulen seien.

Hr. Jakobs-Lüken antwortet, dass es bei den Schulen so sei, dass die Stadt Melle Betreiber des Objektes sei und damit auch die Energiekosten bezahle. Bei den KiTas sei dies nicht der Fall. Die Stromrechnung gehe an den Träger der KiTa.

Hr. Wüstehube teilt hierzu mit, dass die KiTa zwar zunächst die Stromkosten bezahle, aber hinterher der Stadt Melle über die Betriebskostenabrechnung in Rechnung stelle. Über die Defizitfinanzierung werde der Stadt Melle der Strom in Rechnung gestellt. Weiter fände es Hr. Wüstehube sehr schön, wenn die Photovoltaikanlage an der Grönenbergschule realisiert werden könne. Die Empfehlung, aufgrund von hoher Rentabilität die Photovoltaikanlagen zu installieren, greife jedoch zu kurz. Man müsse die Photovoltaikanlagen aufgrund der Vermeidung von fossilen Brennstoffen installieren. Hr. Wüstehube sei dafür, dass im 1. Nachtrag durchaus 50.000 Euro beantragt werden, um diese investiven Maßnahmen voran zu bringen.

Fr. Tiemann teilt mit, dass in der Vorlage die Initiative „Photovoltaik auf jede Schule“ angeführt werde und möchte hierüber mehr wissen.

Hr. Kunze antwortet, dass in diesem Arbeitskreis ehrenamtliche Personen tätig seien, die in ihren Bereichen eine hohe Kompetenz aufweisen und sich dafür ausgesprochen hätten, mehr Photovoltaikanlagen auf Schulen zu bekommen.

TOP 7 Nahwärmenetz Buer
Vorlage: 01/2021/0139

Hr. Kunze teilt mit, dass es sich hier um eine Aufgabe zur Wärmeversorgung der Gebäude handele. Es handele sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, aber aufgrund der Langfristigkeit der Verträge und der Abhängigkeiten solle im Ausschuss darüber zu berichten.

Hr. Jakobs-Lüken erläutert den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Hr. Kunze ergänzt, dass das Betreibermodell eins sei, was man sich näher angeguckt habe. Die Tatsache, dass der abgängige Ölkessel ersetzt werden müsse, habe den Startschuss für die derzeitigen Überlegungen und die Vertragsverlängerung bzw. die Neuvergabe gegeben. Diese Punkte habe man sich mit externer Kompetenz erarbeiten lassen.

Hr. Wüsthube teilt mit, dass man im Prinzip dem Vorschlag der Verwaltung zustimme und unterstütze, eine gemeinsame Wärmeversorgung für die Schule und die Sporthalle zu installieren. Man solle jedoch zukünftig verstärkt und vertieft in Richtung Stadtwerke denken. Das wäre eine Vision, die man haben sollte und müsste. Hr. Wüsthube fragt nach, ob es mit zusätzlichen Solarkollektoren möglich wäre, auch in Übergangszeiten die Anlage so zu fahren, dass etwas weniger Holzhackschnitzel verbraucht würden.

Hr. Kunze antwortet hierzu, dass auf der Sporthalle Buer –neu- Solarkollektoren nachträglich errichtet wurden, die keine 10 Jahre alt seien. Dort sei bereits der aktuelle Stand des Verbrauchs berücksichtigt, sodass man mit zusätzlichen Kollektoren keine Verbesserung der jetzigen Situation erwirken würde.

Hr. Jakobs-Lüken ergänzt, dass eine Heizungsunterstützung mit Solarkollektoren nicht vorgesehen sei. Man müsse bedenken, dass, wenn man über eine Solarheizungsunterstützung nachdenke, der Hackschnitzelanlage Energie weggenommen werde.

Hr. Uffmann teilt mit, dass Zustimmung zu dieser Entscheidung bestehe. Eine große Menge an Anlagen, die vorhanden seien, könnten weiter genutzt werden, sodass nicht alles neu installiert werden müsse. Es handele sich um Technik, die sich über 25 Jahre bewährt habe und aus Umweltschutzgründen dort sinnvoll sei. Es habe ihn jedoch irritiert, dass die sehr intensiven Fördermittel sehr unterschiedlich für die Varianten seien. Er frage sich, wo bei der Holzhackschnitzelanlage die über 200.000 € Fördermittel her kämen.

Hr. Jakobs-Lüken antwortet, dass es sich um Fördermittel für Holzheizanlagen handele, die aktuell aus dem BEG (damals: Marktanreizprogramm) kämen und Fördersätze von bis zu 35 % für Holzkesselanlagen hergeben. Dazu kämen dann noch die Fördermittel für die neue Wärmeleitung.

Hr. Terbeck teilt mit, dass die Ausführungen glaubhaft dargestellt worden seien und man diesen so folgen könne. Es habe sich bei ihm jedoch die Frage aufgetan, ob in der Wirtschaftlichkeitsberechnung bereits enthalten sei, wie die Wärme transportiert werde.

Hr. Jakobs-Lüken antwortet, dass die Kosten für die Wärmeleitung voll einkalkuliert seien.

Hr. Spiekermann fragt nach, ob die aktuellen Preisentwicklungen im Holzbereich berücksichtigt worden seien oder ob diese im Hackschnitzelbereich kein Problem darstellen würden.

Hr. Jakobs-Lüken antwortet, dass die angesetzten Kosten für die Hackschnitzel mit dem aktuellen Brennstofflieferanten diskutiert und abgesprochen worden seien. Diese entsprechen dem aktuellen Marktpreis zu dem Zeitpunkt der Studie.

Fr. Tiemann ergänzt, dass der Betreiber im Vorfeld sicherlich große Mengen eingekauft habe und daher die Kosten gut einschätzen könne. Fr. Tiemann habe jedoch noch eine Nachfrage, wo das Biomethan herkommen würde.

Hr. Jakobs-Lüken antwortet, dass das Biomethan am freien Markt erworben werden würde. Es handele sich um bilanziell erzeugtes Biomethan, welches in das Erdgasnetz eingespeist werde.

Hr. Uffmann teilt mit, dass es sehr erfreulich sei, dass sich das Gebäudemanagement bei solchen Maßnahmen mit dem Umweltamt zusammenschließe und das dortige Fachwissen mit einbinde.

TOP 8 Aktueller Stand der Prioritätenliste **Vorlage: 01/2021/0138**

Hr. Schönwald stellt die Veränderungen der aktuellen Prioritätenliste vor:

Der Soll-Ist-Vergleich, der im Ausschuss für Bildung und Sport vorgestellt wurde, sei umgesetzt und in die Prioritätenliste eingearbeitet worden. Hierbei seien die Kriterien Nutzungseinschränkung und Folgekosten betrachtet worden.

Bei diesen Kriterien sei in die Bewertung eingeflossen, welche Schulen bereits mit Containern ausgestattet seien, da die vorhandenen Container Folgekosten bzw. Mietkosten produzieren. Hierfür seien 3 Punkte vergeben worden und betreffe die Ratschule, die OBS Neuenkirchen und die Grundschule Eicken-Bruche.

Die Grundschule Buer stelle eine Besonderheit dar, da die entsprechenden Haushaltsmittel in der mittelfristigen Finanzplanung für den jetzigen Haushalt eingeplant seien.

Für die Sporthalle Gesmold sei der Förderantrag abgelehnt worden, sodass die Maßnahme wieder niedriger bepunktet wurde. Es werde grundsätzlich so gehandhabt, dass, wenn Förderungen eingeworben werden könnten, die Folgekosten mit 3 Punkten hoch bewertet werden. Da aber in diesem Fall die Förderung nicht mehr in Aussicht stehe, müsse die Bewertung auf 2 Punkte korrigiert werden.

Die Maßnahmen zum Thema „Banden in Sporthallen“ seien herausgenommen worden. Ein Berater vom Unfallversicherungsträger sei zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Bande erst erforderlich sei, wenn der Abstand zwischen dem Spielfeld und der Tribüne weniger als 1 m betrage. Dies sei nun für alle Sporthallen geprüft worden und nicht der Fall, sodass kein Erfordernis mehr für eine Bande gegeben sei.

Die Obdachlosenunterkunft Neuenkirchener Str. 44 sei als neue Maßnahme auf die Prioritätenliste gekommen. Diese Maßnahme sei aufgrund der Aktualität in Bearbeitung.

Hr. Uffmann teilt mit, dass die Prioritätenliste in den Fraktionen sowie auch in diesem Ausschuss grundsätzlich eine immer wieder intensiv diskutierte Liste sei. Die Hoffnung aus dem letzten Ausschuss für Bildung Sport sei sehr groß gewesen, dass bestimmte Projekte an bestimmten Schulen jetzt deutlich forciert würden. Im letzten Ausschuss für Bildung und Sport sei sehr intensiv das Thema Container diskutiert worden. Hr. Uffmann bittet darum, zu erläutern, wie das Thema Container in die neue Prioritätenliste eingeflossen sei. Es sei deutlich geworden, dass das Thema Schulen ein wichtiges Thema und in der Prioritätenliste nach oben gerutscht sei. Trotzdem könnten natürlich nicht alle Schulen gleichzeitig bearbeitet werden. Die neuen Änderungen seien nachvollziehbar und der Prioritätenliste werde zugestimmt.

Hr. Schönwald antwortet, dass bei der Übersetzung vom Soll-Ist-Vergleich in die Prioritätenliste hauptsächlich das Thema Nutzungseinschränkungen betrachtet werde. Die Container habe man in dem Punkt Folgekosten betrachtet. Alle Schulen, die bereits mit Containern ausgestattet seien, haben in der Übersetzung vom Soll-Ist-Vergleich in die Prioritätenliste 3 Punkte erhalten.

Hr. Schulke teilt mit, dass es sehr positiv sei, dass die Prioritätenliste auf den Weg gebracht worden sei. Es sei richtig, dass die Schulen in die Prioritätenliste aufgenommen seien und aus dem Ausschuss für Bildung und Sport eingebracht wurden. Man müsse sich überlegen, wann die Maßnahmen an den Schulen umgesetzt werden könnten. Wenn man auf die Container schaue, wie bspw. in Eicken-Bruche, dann seien diese 2018 aufgestellt worden und sollten nach 7 Jahren, also im Jahr 2025, abgebaut werden. Man müsse bei den Maßnahmen an Schulen überlegen, ob diese nicht die ganze Prioritätenliste durcheinanderwirbeln würden, wenn diese in der derzeitigen Form in der Prioritätenliste stehen bleiben. Man müsse sich überlegen, ob man ein gesondertes Programm, ähnlich wie bei den Feuerwehrrhäusern, schaffe. Er bitte die Verwaltung, bei den Maßnahmen, die noch nicht umgesetzt sind und bei denen Umsetzungszeiträume benannt seien, realistisch festzustellen, ob diese wirklich einzuhalten seien. Man müsse den Bürgern gegenüber Transparenz und Ehrlichkeit an den Tag legen, ob das machbar sei oder nicht. Weiter freue er sich, dass die Maßnahme Sporthalle Gesmold weiter auf der Prioritätenliste aufgeführt sei. Die Sporthalle sei seit 2018 auf der Prioritätenliste und zunächst mit bis 5 Jahren Umsetzungszeitraum bewertet worden. Hr. Schulke erwarte zum einen, dass, wie der Ortsrat Gesmold und der Sportverein beantragt habe, Mittel für die Sporthalle im Nachtragshaushalt vorgesehen werden und zum anderen, dass sich die kleinteiligen Maßnahmen vor Ort angeschaut werden, die bereits angegangen werden könnten. Es könne nicht sein, dass in dem Gebäude seit Jahren Wasser eindringe und es zu Folgeschäden käme. Auf keinen Fall dürfe man die Maßnahme ausschließlich an die Schule koppeln und im nächsten Jahr gemeinsam mit der Schule alles bewerten.

Hr. Wüstehube teilt mit, dass er den Ausführungen von Hrn. Schulke zur Sporthalle Gesmold durchaus zustimme. Er gibt zu bedenken, dass die Sporthalle bereits im Haushalt eingeplant sei und nur deshalb rausgenommen wurde, weil die Fördermittel in Höhe von 1,35 Mio. Euro nicht verfügbar waren. Das bedeute jedoch auch, dass die 1,25 Mio. Euro von städtischer Seite schon im Haushalt eingeplant waren. Die Maßnahme müsse in den Nachtragshaushalt aufgenommen werden, damit die Umsetzung erfolgen könne. Zu den Umsetzungszeiträumen sei Hr. Wüstehube ebenfalls der Meinung, dass diese nicht funktionieren. Man müsse sich dahin bewegen, eine Reihenfolge der hoch priorisierten Maßnahmen aufzustellen und diese von oben nach unten von 1 – 10 durchzunummerieren, was man sich in den nächsten Jahren vornehme. Der Soll-Ist-Vergleich sei gut und richtig. Man sei nicht damit einverstanden, dass die Maßnahmen „Banden in Sporthallen“ aus der Prioritätenliste gestrichen werde. Man könne verstehen, dass, sofern keine Sicherheitsbedenken vorhanden seien, die Punktezahl verringert werde. Von der Kostenseite

her seien die geplanten 150.000 Euro auch nicht zu hoch und in den nächsten Jahren machbar. Ansonsten werde man sich der Stimme zur Prioritätenliste enthalten.

Hr. Look teilt mit, dass die Prioritätenliste ein Dokument sei, bei welchem immer wieder Maßnahmen dazukommen, gestrichen oder neu priorisiert werden. Es sei jedoch das Problem bei dem vorhandenen, großen Immobilien- und Maßnahmenportfolio, die Maßnahmen sukzessiv mit den personellen Kapazitäten anzugehen und abzuarbeiten. Bei den Jahreszahlen, die in Prioritätenliste reingeschrieben werden, müsse man bedenken, dass es sich um die Umsetzungszeiträume zum Stichtag „heute“ handle und nicht um die Jahreszahlen, zu denen die Maßnahmen erstmalig auf die Prioritätenliste aufgenommen worden seien.

Hr. Schönwald ergänzt, dass es richtig sei, dass Rückstellungen für die Maßnahme Sporthalle Gesmold vorhanden seien. In den letzten Zügen des Jahresabschlusses sei noch eine Summe gebildet worden, die kaufmännisch anhand der noch zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Haushaltsjahr 2020 gebildet wurde. Im Folgenden müsse man prüfen, für welche Maßnahmen diese Mittel ausreichen und welche Abhängigkeiten gegeben seien.

Hr. Schulke teilt mit, dass er erschrocken darüber sei, dass die Umsetzungszeiträume immer auf den Tag zu betrachten seien, an dem die Prioritätenliste beschlossen werde. Vom heutigen Tag, dem 27.05.2021, würden die Umsetzungszeiträume dann bis 3 Jahre betragen. Das habe er bisher nicht so verstanden. Er habe es bisher so verstanden, dass, wenn eine Maßnahme im Jahr 2020 mit einem Umsetzungszeitraum von bis 3 Jahren aufgenommen werde, dann sei auch vorgesehen, diese bis 2023 fertigzustellen.

Hr. Look antwortet, dass die ersten Maßnahmen dann auch umgesetzt werden würden. Bei den finanziellen und personellen Kapazitäten, die vorhanden seien, müsse man prüfen, welche Maßnahmen umgesetzt werden können.

Hr. Kunze ergänzt hierzu, dass die Spalte „möglicher Umsetzungszeitraum“ damals auf Wunsch der Politik eingeführt worden sei. Hiermit werde eine gewisse Genauigkeit suggeriert, die in der laufenden Umsetzung schwierig umzusetzen sei.

Fr. Mielke teilt mit, dass man an dieser Diskussion merke, dass, egal um welche Fraktion es sich handle, letztendlich alle ein wenig unzufrieden mit der Prioritätenliste seien. Es gehe nicht darum, wieder auf die Bepunktung der Grundschule Eicken-Bruche hinzuweisen, sondern darum, was bereits gesagt worden sei. Die Schulen dürften jedoch nicht aus der Prioritätenliste herausgenommen werden. Die Prioritätenliste sei dafür geschaffen worden, dass in der Stadt Melle eine Festlegung vorhanden sei, in welcher Reihenfolge städtische Objekte bearbeitet werden. Fr. Mielke sei nicht damit einverstanden, dass eine Grundschule, die 4 Container vor der Tür stehen habe, nach wie vor so bewertet werde, dass frühestens in 5 Jahren, ab dem heutigen Zeitpunkt, ein Anbau und damit das Abschaffen der Container angegangen werde. Damit der Aspekt der Gerechtigkeit eingefügt werde, rate Fr. Mielke der Verwaltung an, die Bewertungskriterien auszudehnen. Die Zufriedenheit mit der Prioritätenliste nehme bei ihr nicht zu, sodass der Prioritätenliste auch heute nicht zugestimmt werden könne. Fr. Mielke werde sich enthalten.

Hr. Schulke führt aus, dass er nicht möchte, dass die Schule hinten runterfallen, sondern, im Gegenteil, dass die Schulen zeitnah behandelt werden. Daher sei die Frage gewesen, ob man diese auf der Prioritätenliste belassen oder wie die Feuerwehrrhäuser in einer separaten Liste bearbeite. Aus diesem Grund und weil er diesen Zeitpunkt bisher immer auf den Tag der Aufnahme in die Prioritätenliste bezogen habe, werde er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Zu der Obdachlosenunterkunft „Neuenkirchener Str. 44“ teilt Hr. Schulke mit, dass dieses Thema nicht nur in diesen Ausschuss gehöre, sondern ebenfalls in den

Sozialausschuss. Bevor man sich über ein Gebäude für die Obdachlosen Gedanken mache, müsse man sich die Menschen ansehen und ein Konzept entwickeln, wie man zukünftig diese Menschen begleiten und betreuen will.

Hr. Gieshoidt teilt mit, dass ein Grund für diesen Ausschuss die Erstellung einer Prioritätenliste gewesen sei. Man habe einen enormen Stau vor sich gehabt, der in den letzten Jahren gut abgebaut werden konnte. Dazu habe das Gebäudemanagement personell erheblich aufgerüstet und sehr gute Arbeit geleistet. Es sei unbefriedigend, jedes Jahr zwei Mal im Ausschuss die Prioritätenliste zu verabschieden und jedes Mal die Zeit der Realisierung zu verlängern. Es mache schon Sinn, unterschiedliche Gruppen zu bilden, denn die Feuerwehrehäuser waren beispielsweise nie außerhalb der Prioritätenliste, sondern haben eine eigene Priorisierung erfahren, die u. a. vom Feuerwehrausschuss und dem Stadtkommando abgestimmt worden sei. Diese Priorisierung habe enorm beschleunigt. Vielleicht müsse man, wie Hr. Schulke gesagt habe, zumindest in Bezug auf Schulgebäude und Sporthallen ebenso verfahren.

Fr. Tiemann teilt mit, dass sie davon ausgehe, dass durch die Prioritätenliste in der Vergangenheit bereits sehr viele Projekte abgearbeitet werden konnten. Es wurde politisch mittels dem Punktesystem die Reihenfolge der Abarbeitung festgelegt und dadurch der Verwaltung die Möglichkeit gegeben, die Maßnahme systematisch abzuarbeiten.

Fr. Buermeyer führt aus, dass sie sich dem Wortbeitrag von Hrn. Schulke anschließen möchte. Die Maßnahme „Containerprovisorium“ mit einem Zeitfenster von 1-3 Jahren in Angriff zu nehmen sei unrealistisch.

Hr. Boßmann teilt mit, dass ihm aufgefallen sei, dass es letztendlich um die Umsetzung und die Zeitdauer der verschiedenen Maßnahmen gehe. Insgesamt sehe man an der Prioritätenliste, dass an den Prioritäten an sich wenig Kritik käme. Es sei wichtig herauszufinden, wie mehr Maßnahmen umgesetzt werden könnten. Für den Stadtteil Riemsloh sei die Maßnahme mit dem Aufzug im Bürgerbüro beispielsweise nicht allzu aufwendig, habe aber kaum eine Chance auf Umsetzung. Daher stelle sich die Frage, wie sich mehr Maßnahmen umsetzen ließen. Es sei richtig, dass schon viele Maßnahmen abgearbeitet worden seien und es mache Sinn, sich diese anzuschauen, um zu erkennen, was bereits passiert sei.

Hr. Look antwortet hierzu, dass derzeit 25 Maßnahmen aktiv im Gebäudemanagement begleitet werden. Dies seien viele Maßnahmen für die Anzahl an Mitarbeitern und unter Wahrung des Gesamthaushaltes. Das Vorgehen, sich über die Prioritätenliste den Aufgaben zu stellen und diese weiter abzuarbeiten, sei grundsätzlich konsensfähig. Wenn man sich vergegenwärtige, was bereits umgesetzt wurde und was gerade in der Umsetzung sei, sei dies ein großes Stück. Diese Maßnahmen sollten nochmal herausgestellt werden.

Hr. Spiekermann führt aus, dass mit der Prioritätenliste ein großer Fortschritt geschaffen worden sei gegenüber der Zeit, als versucht wurde bspw. Feuerwehrehäuser gegen KiTas oder Schulen auszuspielen. Es sei durch die Prioritätenliste Transparenz geschaffen und alle Bereiche berücksichtigt worden. Dies sei nicht ungerecht gewesen, sondern man habe versucht Kriterien zu entwickeln, nach denen die Prioritäten festgelegt werden. Die Kapazitäten seien begrenzt und dazu kämen die nicht planbaren Maßnahmen wie beispielsweise der Brand in der Sporthalle Haferstraße. Er könne von Ungerechtigkeit nichts finden. Man könne die Kriterien überprüfen, ob diese noch zeitgemäß seien, aber er sähe dort derzeit keine Probleme. Man solle so weitermachen und denjenigen, die handeln müssen, die Chance geben, tatsächlich ihre Arbeit zu machen.

Hr. Gieshoidt teilt mit, dass er den Ausführungen von Hrn. Spiekermann folge, gleichwohl es beruhigend sei, dass man nicht arbeitslos werde mit der Arbeit in diesem Ausschuss. Man befinde sich auf einem guten Weg und habe eindeutig einen Schritt nach vorne gemacht mit der Prioritätenliste.

Der Ausschuss für Gebäudemanagement empfiehlt daher mehrheitlich folgenden

Beschlussvorschlag:

Die vorliegende Prioritätenliste vom 05.05.2021 wird als grundsätzliches Bauprogramm des Gebäudemanagements beschlossen.

TOP 9 Wünsche und Anregungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Frau Ausschussvorsitzende Tiemann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:42 Uhr.

29.06.2021

29.06.2021

29.06.2021

gez. Tiemann
Vorsitzende/r

gez. Look
Verw. Vorstand

gez. Hohmann
Protokollführer/in